

Vereinigtes Königreich*

ROGER MORGAN

Die Europapolitik in den Parteiprogrammen für die zweiten Direktwahlen des Europäischen Parlaments

Der Wahlkampf zu den zweiten Direktwahlen des Europäischen Parlaments im Juni 1984 machte sowohl die europapolitischen Vorstellungen der britischen Parteien und ihrer Führer deutlich als auch deren Einschätzung der öffentlichen Meinung über das Thema Europäische Gemeinschaft. Der Wahlkampf war zwar größtenteils von innenpolitischen Problemen bestimmt, mit denen vor allem der neue Führer der Labour Party, Neil Kinnock, versuchte, die Position seiner Partei nach der katastrophalen Wahlniederlage von 1983 zu verbessern. Dennoch ließen die Wahlkampfaussagen der britischen Parteien auch einige Rückschlüsse auf die Natur der britischen europapolitischen Debatte im Jahr 1984 zu.

Auch bei diesen zweiten Direktwahlen des Europäischen Parlaments gab es wieder einige Unterschiede zwischen dem Vereinigten Königreich und den anderen EG-Mitgliedstaaten. Die Wahlbeteiligung lag zwar mit 33 % etwas höher als 1979, aber doch beträchtlich unter dem EG-weiten Durchschnitt von 60 %; die Wahlen wurden wieder nach dem in Großbritannien traditionellen Mehrheitswahlsystem durchgeführt (mit Ausnahme Nordirlands, wo die drei Parlamentsabgeordneten nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wurden, und wo die Wahlbeteiligung interessanterweise beinahe 65 % erreichte, was einen Anstieg von 9 % gegenüber 1979 bedeutete); die Wahl fand, wie immer auf der Insel, an einem Donnerstag (dem 14. Juni) statt, während die Mehrheit der EG-Bevölkerung am Sonntag dem 17. Juni wählte; schließlich basierte der Wahlkampf noch stärker als in den meisten anderen EG-Staaten auf innenpolitischen Problemen: Die konservative Partei rief die Wähler dazu auf, die Politik von Mrs. Thatcher, die nur ein Jahr zuvor in ihrem Amt als Premierministerin eindrucksvoll bestätigt worden war, zu unterstützen, während die Labour-Party an die Wähler appellierte, diese Politik zu verdammen.

Das Wahlmanifest der Konservativen, das unter dem aufschlußreichen Titel „Eine Starke Stimme in Europa“¹ veröffentlicht wurde, begann mit einem Vorwort der Premierministerin, in dem sie feststellte, daß ihre Partei das Verspre-

* Übersetzung aus dem Englischen von Michael Garthe, Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz

chen von 1979, die nationalen Interessen Großbritanniens in Europa zu verteidigen, wahr gemacht habe. Ein Ergebnis dieser Haltung sei, daß Großbritannien seine Stimme in Europa stark und eindeutig sei, und daß seine Botschaft von den anderen Partnern respektiert werde. Sie fuhr fort: „Wir hatten recht, für Verbesserungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und für ein gerechteres Finanzierungssystem der EG zu kämpfen. Wir wollten dies erreichen, so daß wir das endlose Feilschen ums Geld hinter uns lassen und stattdessen beginnen, das ganze Potential der Gemeinschaft zu entwickeln und auszuschöpfen.“

Im Text des Wahlprogramms selbst unterstrich die konservative Partei die Erfolge ihrer Europapolitik, so habe sie „Übereinstimmung erzielt, daß es ein gerechteres Beitragssystem zum EG-Haushalt geben muß“ und sie habe ebenso „Einigkeit in der Gemeinschaft darüber erreicht, daß es eine effektivere und garantierte Kontrolle der Ausgaben, insbesondere im Agrarbereich, geben muß“; schließlich habe die Politik der Konservativen wichtige Vorteile aus der gemeinsamen Fischereipolitik, dem Europäischen Sozialfonds und dem Regionalfonds für Großbritannien gesichert. Dann wird sowohl die Labour Party attackiert, wegen ihrer „Unfähigkeit . . . , die Aktivitäten der EG zum Wohle Großbritanniens weiterzuentwickeln“ und wegen ihrer „unverantwortlichen Drohung, sich aus der Gemeinschaft zurückzuziehen“, als auch die Allianz der Liberalen und der Sozialdemokratischen Partei, „deren Politik vage ist, die unerfahren ist, und die lediglich in ihrer Unentschlossenheit, britische Interessen zu verteidigen, einig ist“.

In den detaillierten Ausführungen ihres Programms fordert die Konservative Partei die Einführung eines wirklich freien Handels- und Dienstleistungsverkehrs, die allgemeine Liberalisierung des Welthandels, die Ankurbelung der europäischen Wirtschaft durch eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik und durch eine Stimulierung des Wettbewerbs, die Reform des Finanzierungssystems der EG und die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, eine Konsolidierung des Einflusses des Europäischen Parlaments und, im Kontrast zu dem wirtschaftlichen Protektionismus, der Bündnisfreiheit und den Austrittsdrohungen der Labour Party und zu den gefährlichen Vorschlägen der Liberalen, „in eine föderalistische Europäische Union hineinzutauchen . . . und so die Fähigkeit zur Verteidigung britischer Interessen zu verlieren“, die „Modernisierung und Veränderung“ der Gemeinschaft auf der Grundlage der existierenden Verträge.

Während also das Wahlprogramm der Konservativen insgesamt eine Stärkung der nationalen Interessen Großbritanniens und eine Ausdehnung der konservativen wirtschaftspolitischen Prinzipien auf die ganze Gemeinschaft fordert, liegen im Wahlprogramm der Labour Party² die Schwerpunkte auf einer wirtschaftlichen Expansion und sozialen Reformen, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der weltweiten Abrüstung und auf einem radikalen Wechsel der politischen Prioritäten der Gemeinschaft.

Für Labour waren demnach die tatsächlichen Probleme im Europawahl-

kampf eine Verstärkung der öffentlichen Investitionstätigkeiten, die Modernisierung der Industrien, der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens und des sozialen Systems. Das Manifest appelliert an alle EG-Mitgliedstaaten, gemeinsam die öffentlichen Investitionen zu steigern und den EG-Sozial- und Regionalfonds finanziell zu stärken, es lehnt aber gleichzeitig jeden Versuch ab, Großbritannien in das Europäische Währungssystem zu integrieren – ein Schritt, den die Konservative Partei nur bereit ist zu gehen, wenn ganz bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Die Labour Party verurteilt die hohen Kosten und andere Mißerfolge der Gemeinsamen Agrarpolitik und fordert gemeinsame europäische Aktionen gegen den Rüstungswettlauf zwischen Ost und West und für eine wirtschaftliche Entwicklung in der Dritten Welt.

Was die institutionellen Mängel der Gemeinschaft anbelangt, verweigert das Labour-Programm entschieden jegliche Ausdehnung der Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments, weil dies „Macht und Entscheidungsgewalt nur noch weiter von der Bevölkerungsbasis entfernen würde“. Stattdessen sei es notwendig, dem nationalen Parlament die Macht zurückzugeben, „die ihm die Tories in jenem unseligen Beitrittsakt von 1972 genommen haben“. In der grundsätzlichen Frage der britischen Mitgliedschaft in der Gemeinschaft blieb die Labour Party bei ihrer Position, daß „die Mitgliedschaft den wirtschaftlichen Abstieg beschleunigt hat. Sie hat Großbritannien Arbeitsplätze gekostet. Sie hat dazu beigetragen, unseren Lebensstandard zu senken“. Dennoch – und dies ist umso erstaunlicher, als daß sich das Labour-Programm ausdrücklich auf das nationale Wahlprogramm von 1983 bezieht, in dem der Austritt aus der Gemeinschaft gefordert wurde – wird die Möglichkeit eines Rückzuges aus der EG relativiert. Und zwar mit dem Hinweis, daß Ende der 80er Jahre die 15-jährige Mitgliedschaft Großbritanniens in der EG wirtschaftliche und politische Strukturen zur Folge habe werde, die kaum noch rückgängig zu machen seien. Aber die Drohung eines Rückzuges aus der Gemeinschaft mit dem Ziel einer Rückkehr zur nationalen Stärke bleibt bestehen: „Wir glauben, daß Großbritannien ebenso wie alle anderen Mitgliedstaaten die Option auf einen Rückzug aus der EG erhalten muß.“

Abschließend unterstreicht das Labour-Programm die Wichtigkeit der Wahlen für die britische Politik, denn sie seien „der erste nationale Test für die unfähigste Regierung, die dieses Land seit Neville Chamberlain erlebt hat“. Mit dem Slogan „Diese Wahlen können die Thatcher-Regierung nicht stürzen. Aber sie können ein Urteil über sie sprechen“ drängte die Labour Party die britischen Wähler dazu, die Politik der Regierung zu verdammen.

Das Wahlprogramm der Sozialdemokratisch-Liberalen Allianz, die in den Wahlkreisen jeweils einen gemeinsamen Kandidaten aufstellte, erschien unter dem Titel „Laßt uns in Europa zusammenarbeiten“. Die beiden Parteiführer, David Owen und David Steel, argumentieren in der Einführung des Dokuments, daß die Allianz der Gemeinschaft eng verpflichtet sei, und „sie viel se-

riöser mit ihr verbunden und über sie informiert ist“, „wir können deshalb kritischer und konstruktiver zu ihren tatsächlichen Problemen Stellung beziehen als die anderen Parteien“.

Das Wahlprogramm der Allianz³ behandelt fast jeden Aspekt der europäischen Gemeinschaftspolitik. Unter der Überschrift „Wirtschaftliche Wiedergeburt“ plädiert es für ein konzertiertes Gemeinschaftsprogramm für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung, einschließlich einer Kombination von Maßnahmen zur Stimulation des Wettbewerbs und einer Verstärkung der öffentlichen Investitionen in der Technologie (ESPRIT), der Elektronik und der Weltraumforschung, und – im Gegensatz zu den anderen Parteien – für eine volle Mitgliedschaft Großbritanniens im Europäischen Währungssystem. Die Allianz unterstützt die ‚Vredeling-Richtlinie‘ für die gegenseitige Unterrichtung der Arbeitnehmer in multinationalen Konzernen und den Richtlinienvorschlag für eine Arbeitnehmermitbestimmung. Unter dem Titel „Europa in der Welt“ tritt sie uneingeschränkt für eine Weiterentwicklung der EPZ zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein; sie fordert eine verstärkte Rüstungskoooperation und eine gemeinsame Aktion zur Rüstungskontrolle, wobei sie bereit ist, das britische und französische Atomwaffenpotential in die Ost-West-Verhandlungen über eine Rüstungsreduzierung einzubeziehen. Außerdem tritt sie für eine Verbesserung und Ausdehnung der gemeinschaftlichen Aktivitäten im Bereich der Nahrungsmittelhilfe, des Handels und der technologischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern ein.

Bezüglich der „Reform des Haushalts und der Gemeinsamen Agrarpolitik“ stellt die Allianz in ihrem Wahlprogramm fest, daß das Haushaltsproblem „ein Problem der ganzen Gemeinschaft und nicht nur Großbritanniens ist“ und, daß „die Gemeinschaft zu viel Geld in die Gemeinsame Agrarpolitik investiert . . . aber zu wenig in andere wichtige Sektoren“. Mrs. Thatcher's ständig wiederholte Forderung „I want my money back“ sei kurzsichtig und erfolglos, denn die überproportionale Finanzierung der Agrarpolitik sei nur durch den Ausbau anderer Gemeinschaftspolitiken, die auch für Großbritannien von großem Nutzen seien, abzubauen. Doch dies werde von den Tories uneinsichtig blockiert. Die Vorschläge der Allianz für den Gemeinschaftshaushalt schließen erhöhte Mittel für die Industrie-, Regional- und Sozialpolitik ein, begrenzen die Subventionen für große, fabrikmäßige Landwirtschaftsbetriebe mit relativ wenig Arbeitsplätzen und befürworten den verstärkten Einsatz der Agrarstrukturfonds für die Unterstützung kleinerer und neu gegründeter Betriebe.

Unter dem Titel „Umweltschutz“ verlangt das Manifest eine stärkere Rolle der Gemeinschaft im „gemeinsamen Schutz der gemeinsamen Umwelt“ durch eine Politik des „grünen Wachstums“, der Energieeinsparungen, und verschärfter Kontrollen der Wasser- und Luftverschmutzung sowie der Lärmbelästigung. Bezüglich der „Rechte der europäischen Bürger“ plädiert die Allianz für eine Ausweitung der europäischen Menschenrechtskonvention, für eine „Gemeinschaftscharta der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte“

und für einen verstärkten Schutz für benachteiligte Gruppen, einschließlich ausländischer Arbeitnehmer, Frauen und Minderheiten.

Abschließend fordert das Wahlprogramm der Allianz unter der Schlagzeile „Eine effektives demokratisches Europa“ radikale Verbesserungen des Institutionengefüges der EG, einschließlich einer gemeinsamen Verantwortung von Parlament und Rat im Gesetzgebungsprozeß, strikte Begrenzungen des Veto-Gebrauchs, eine Aktivierung der Kommission bei gleichzeitig größerer Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament, ein gemeinsames Wahlsystem für die Parlamentswahlen, das auf einem Verhältniswahlrecht beruht, und eine baldige Entscheidung über den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG.

Aber – wie schon gesagt – spielten diese europapolitischen Themen nur eine untergeordnete Rolle im Wahlkampf, der sich vor allem zu einem Popularitätswettbewerb zwischen der konservativen Regierung und der Opposition entwickelte. Eine der zentralen Fragen war, wieweit sich die Labour-Party von der katastrophalen Niederlage bei den nationalen Parlamentswahlen 1983 erholen würde, wo sie lediglich noch 27,6 % der Stimmen bei 42 % für die Konservativen und 25,4 % für die Allianz erhalten hatte. Tatsächlich konnte die Labour-Party dann nach einem sehr harten Wahlkampf einen beachtenswerten Erfolg erzielen, indem sie die Mehrheit der Konservativen reduzierte und die Allianz auf den dritten Platz drängte. Die Tories verloren 15 Sitze und sind im neuen Parlament nun mit 45 statt 60 Abgeordneten vertreten. Die Labour Party steigerte ihre Mandatszahl von 17 auf 32, während die Allianz leer ausging und andere Parteien vier Sitze im neuen Parlament errangen. Daß die Allianz keinen einzigen Parlamentssitz erringen konnte, obwohl sie nahezu ein Fünftel aller Stimmen erhielt, war natürlich ein Ergebnis des britischen Mehrheitswahlrechts⁴.

Die Haushaltsfrage und die Ergebnisse von Fontainebleau

Ein Ergebnis der Übereinkunft des Europäischen Rates von Fontainebleau⁵ war, daß 1984 möglicherweise das letzte Jahr war, in dem die Europapolitik der britischen Regierung ganz von der Frage des britischen Haushaltsbeitrages dominiert wurde. Nach dem Kompromiß von Fontainebleau erhält Großbritannien zum einen für das Haushaltsjahr 1984 eine Rückerstattung von rund 2,25 Mrd. Mark. Zum anderen wird ihm für die folgenden Jahre ein Rabatt von 66 % seines Nettosaldo eingeräumt; dabei werden die britischen Zahlungen aus der Mehrwertsteuer mit den Rückflüssen aus der Gemeinschaft verrechnet. In Übereinstimmung mit dem Streben der Regierung Thatcher, die öffentlichen Ausgaben sowohl auf nationaler als auch auf EG-Ebene deutlich einzuschränken, werden die Rückzahlungen für 1984 und ab 1985 durch eine Reduktion des britischen Mehrwertsteueranteils am EG-Haushalt der folgenden Jahre vorgenommen und nicht durch zusätzliche EG-Finanzzuflüsse nach Großbritannien, wie dies bisher der Fall gewesen war.

Diese Übereinkunft in der Haushaltsfrage wurde in Großbritannien gesehen

als der entscheidende Beitrag für die Beseitigung einer grundsätzlichen Ungleichheit seiner Mitgliedschaft in der EG, und als ein Startsignal für eine konstruktive Diskussion über die langfristige Zukunft der Gemeinschaft⁶.

Britische Meinungen zur Europäischen Union

In der Debatte über Fortschritte in Richtung einer Europäischen Union, die nach dem Gipfel von Fontainebleau in eine intensivere Phase getreten war, vertrat die britische Regierung eine Position, die den Aussagen aus Ihrem Wahlprogramm für die Europawahlen entsprach. In einem 18seitigen Papier, betitelt „Europe – the Future“, das Mrs. Thatcher ihren Kollegen in Fontainebleau präsentierte, wurde ein besonderes Schwergewicht auf die Beseitigung der Handelsschranken und die Liberalisierung des Dienstleistungssektors, einschließlich des Banken- und Versicherungswesens und des Transports, gelegt. In dem Papier wurde mehrmals auf die Erfolge des freien Wettbewerbs in den Vereinigten Staaten hingewiesen, an denen die Europäer sich ein Beispiel nehmen sollten.

Ein anderer Intessenschwerpunkt Großbritanniens war die Europäische Politische Zusammenarbeit und ihre Weiterentwicklung von einer lediglich diplomatischen Zusammenarbeit zu einer effektiven internationalen Außen- und Sicherheitspolitik. Mrs. Thatcher's Papier setzte sich ausgesprochen kritisch mit einigen unilateralen amerikanischen Aktionen im wirtschafts- und handelspolitischen Bereich auseinander, die „den Erfolg der Konsultation und Koordination in der atlantischen Allianz gefährden könnten“⁷. Deshalb müßten die europäischen Mitglieder der Nato ihre europäische verteidigungspolitische Zusammenarbeit ausweiten, und „durch Fortschritte bezüglich einer integrierten europäischen industriellen und technologischen Zusammenarbeit und einer Verstärkung des europäischen Binnenmarktes“ zu ernsthaften Fortschritten in Richtung einer europäischen Rüstungszusammenarbeit und -produktion kommen.

Diese Standpunkte und eine Liste maßvoller Vorschläge zur institutionellen Reform der EG waren die Basis für die Mitarbeit des Ministers für europäische Angelegenheiten, Malcolm Rifkind, im sogenannten Dooge-Komitee in der zweiten Hälfte des Jahres 1984. Mrs. Thatcher's Skepsis gegenüber der Bedeutung des ambitionierten Begriffs „Europäische Union“, den sie mehrmals zum Ausdruck gebracht hatte, war ein deutliches Zeichen dafür, daß die britische Mitwirkung im Dooge-Komitee eher pragmatisch und nicht visionär sein würde.

Neue Elemente in der britischen Europadebatte

Erwähnenswert ist ein Bericht des der Konservativen Partei nahestehenden Center for Policy Studies vom Juni 1984, der sich gegenüber einer institutionellen Reform der EG überraschend aufgeschlossen zeigt. Unter dem pragmatischen Titel „Making it work: the future of the European Community“⁸ unter-

breitet hier eine Gruppe einflußreicher Mitglieder der Konservativen Partei (z.B. Lady Elles, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Mr. Timothy Renton, ehemaliger Unterstaatssekretär im Außenministerium) eine Anzahl von Veränderungsvorschlägen für die EG, einschließlich Beschränkungen für den Gebrauch des Veto-Rechts und einer beträchtlichen Ausdehnung der Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments.

Bezüglich der Frage der Stellung Großbritanniens zum Europäischen Währungssystem, brachte ein Bericht des Federal Trust for Education and Research vom November 1984 Bewegung in die Debatte. Unter dem Titel „The Time is Ripe“⁹ empfahl der Bericht (ausgearbeitet von einer Gruppe unter dem Vorsitz des Parlamentsabgeordneten David Howell, ein ehemaliges Mitglied des Kabinetts von Mrs. Thatcher), Großbritannien solle nun voll am Wechselkursmechanismus des EWS teilnehmen. Dieser Standpunkt, den bis dahin nur die Allianz vertreten hatte, führte zu der erneuten Feststellung der Regierung, daß die monetäre Situation in Europa noch nicht reif für diesen britischen Schritt sei. Dennoch blieb die Debatte offen, und am Ende des Jahres gab es Zeichen dafür, daß die Regierung in dieser Frage selbst uneins ist.

Anmerkungen

- 1 Hier und nachfolgend zitiert aus: The Conservative Manifesto for the European Elections 14 June 1984, London: Conservative Central Office, May 1984.
- 2 Hier und nachfolgend zitiert aus: Labour's Manifesto for the European Elections, London: The Labour Party 1984.
- 3 Hier und nachfolgend zitiert aus: SDP/Liberal Alliance: Let's Get Europe Working Together, London: SDP/Liberal Alliance 1984.
- 4 Die Ergebnisse der Europawahlen sind ausführlich dargestellt in Dokument Nr. 4 in diesem Band.
- 5 Vgl. Dokument Nr. 5 in diesem Band.
- 6 Vgl. Developments in the European Community, January-June 1984, London HMSO, Cmdnd 9348, 1984, S. 5.
- 7 Europe – The Future. Unveröffentlichtes Papier, London, Juni 1984, S. 18.
- 8 Making it Work: the Future of the European Community, London: Centre for Policy Studies, Juni 1984, 18 S.
- 9 The Time is Ripe. The European Monetary System, the ECU and British Policy. Report of a Federal Trust Study Group chaired by the Rt.Hon. David Howell, MP, London, Federal Trust for Education and Research, November 1984, 28 S.

Weiterführende Literatur

- Butler, David u. Paul Jowett, Party Strategies in Britain: A Study of the 1984 European Elections, London: Macmillan 1985.
- Developments in the European Community, January – June 1984 und July – December 1984, London: Her Majesty's Stationery Office, Cmdnd 9348/1985 und Cmdnd 9485/1985.
- Robinson, Ann u. Adrian Webb, The European Parliament in the EC Policy Process, London: Policy Studies Institute, European Centre for Political Studies (Studies in European Politics 9), April 1985.